

**Zeitschrift:** Schweizer Heimwesen : Fachblatt VSA  
**Herausgeber:** Verein für Schweizerisches Heimwesen  
**Band:** 56 (1985)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Sicherheit um jeden Preis?  
**Autor:** Künzli, René  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-811759>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Sicherheit um jeden Preis?

René Künzli, Leiter des privaten Alters-, Pflege- und Krankenhauses Neutal in Berlingen, hat uns die Gedanken, die er sich gemacht hat über das Thema «Sicherheit im Heim», zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Ziel der Veröffentlichung sei nicht, seine unternehmerischen Leistungen im Dienste der Sicherheit herauszustreichen, sondern die «einmal getroffenen Entscheidungen . . . im Dialog gegen aussen in Frage zu stellen.» Ob sich wohl jemand bereit erklärt, in die Diskussion einzusteigen? Ihre Anregungen zum Thema drucken wir gerne ab!

In der Einleitung möchten wir unsere Leser zunächst mit der oft gegebenen Gegensätzlichkeit der Begriffe Sicherheit – Freiheit vertraut machen. In einem zweiten Abschnitt werden wir an einigen Beispielen darstellen, was im *Neutal* zugunsten der Sicherheit getan wird, um hernach zu zeigen, welche Auswirkungen die im Zusammenhang mit der Erreichung einer grösseren Sicherheit ergriffenen Massnahmen einerseits in persönlicher und andererseits in finanzieller Hinsicht auf unsere Gäste haben.

In einem weiteren Abschnitt soll auch aus unternehmerischer Sicht die politische, soziale und volkswirtschaftliche Dimension der Thematik *Sicherheit* aufgezeigt werden, welche Darlegungen schliesslich in einige Schlussfolgerungen ausmünden sollen, die geeignet sind, zum Nachdenken anzuregen.

## 1. Einleitung

Das Sicherheitsdenken im positiven und negativen Sinne bewegt uns alle, und es wird deshalb auch häufig darüber geschrieben. Als Beispiel für viele andere sollen nur einige Kernsätze aus den in letzter Zeit erschienenen Publikationen zitiert werden:

So zog Bundesrat Egli anlässlich seines Referates «Sozialversicherungen in der Schweiz» bei der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Schweiz. Arbeitgeberorganisationen vom 31. Mai 1985 in Zürich unter anderem die beiden nachstehenden Schlussfolgerungen:

- «Der Vermeidung von Risiken und der Pflicht des einzelnen, im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Selbstvorsorge beizutragen, ist verstärkte Beachtung zu schenken.»
- «Die Kosten der sozialen Sicherheit sind allen Beteiligten klarzumachen. Es ist gefährlich, der Illusion zu verfallen, dass Leistungen des Staates kostenlos erbracht werden können.»

Nationalrat Allenspach erklärte anlässlich der diesjährigen Generalversammlung des Brandverhütungsdienstes für Industrie und Gewerbe:

- «Im Bereich der Sozialversicherung haben wir die Grenze (der Komplexität der Gebote und Regeln) überschritten, und die Feststellung, dass wir uns in einer Vollzugskrise befinden, trifft immer mehr zu.»

In seinem jüngst publizierten Referat vor der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft führte Walter von Moos, Direktionspräsident und Delegierter des Verwal-

tungsrates der von Moos AG in Luzern, unter dem Stichwort «Risikodenken gegen Sicherheitsdenken» aus:

- «Hier stehen wir vor einem Konfliktpaar, bei dem es für den Unternehmer oft ausserordentlich schwer und für die Unternehmung oft von entscheidender Tragweite ist, dass richtig entschieden wird.»

Schliesslich sei noch auf die Ausführungen von Dr. Dunant, Präsident des Verwaltungsrates der Sandoz AG, hingewiesen, welche er anlässlich der Generalversammlung dieser Unternehmung am 7. Mai 1985 zum Thema Sicherheit der Produktion machte:

- «Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, sei vorausgeschickt, dass es eine absolute Sicherheit nicht gibt . . . Absolute Sicherheit ist nur gewährleistet, wenn eine bestimmte Tätigkeit eingestellt wird.»

## Sicherheit – Freiheit – Mittel

Das Bestreben nach Sicherheit einerseits und nach persönlicher Freiheit und Disponibilität über die Mittel andererseits entspricht einem menschlichen Grundbedürfnis. Indessen hat Sicherheit ihren Preis, sie kostet etwas. Sicherheit und Freiheit sind eben antinomische Begriffe. Sie sind deshalb gegensätzlich, weil zusätzliche Sicherheit Mittel beansprucht, die für anderes nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie verringert insbesondere die Disponibilität über finanzielle Mittel, was wir ja als Steuerzahler bestens kennen.

Es geht hier also letztlich um ein Optimierungsproblem. Die menschlichen Wünsche, vor allem jener, die in zunehmendem Masse von den Anstrengungen anderer leben, sind beinahe grenzenlos. Sie lassen sich nur verwirklichen, wenn es die finanziellen Möglichkeiten zulassen. Die Wünsche der Angehörigen der verschiedenen sozialen Schichten sind naturgemäss unterschiedlich. Sie sind zu respektieren; ihnen ist Rechnung zu tragen, derart, dass ein möglichst ausgewogener Grad von Zufriedenheit oder allenfalls auch Unzufriedenheit im Rahmen eines partnerschaftlichen Konsenses erreicht wird. Dies ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die namentlich im Kollektiv kaum je zur Zufriedenheit aller gelöst werden kann.

Selbstverständlich befindet sich auch ein Betrieb wie das *Neutal* im Spannungsfeld gegensätzlicher Erwartungen und Bedürfnisse. Auch hier ist ein dauernder Optimierungsprozess von Nöten, der nicht zuletzt auch durch die subjektiven Auffassungen der beteiligten Entscheidungsträger geprägt wird.

# Einführung in die Arbeit mit Betagten im Heim

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Angewandte Psychologie Zürich führt der Verein für Schweizerisches Heimwesen VSA den Kurs «Einführung in die Arbeit mit Betagten im Heim» wieder durch. Dieser Einführungskurs, der vom 24. Februar 1986 bis zum 3. November 1986 dauert (26 Montage zu je vier Stunden), richtet sich an folgende Interessenten:

- Personen ohne Heimerfahrung, welche sich im Sinne eines Zweitberufs auf die Übernahme eines Heims oder einer andern Institution zur Betreuung Betagter vorbereiten möchten
- Mitarbeiter von Alters- und Pflegeheimen in Kaderposition
- Vertreter von Heimträgerschaften und Mitglieder von Heimkommissionen, die sich mit der Problematik der Altersarbeit vertraut machen wollen
- Leiter/innen von Kleinheimen (Pensionen) der Betagtenpflege mit weniger als fünf Mitarbeitern (inklusive Heimleitung)

Der Einführungskurs bildet unter Umständen eine gute Vorbereitung auf den VSA-Grundkurs für Heimleitung.

Themenkreise:

**Die Situation des alten Menschen**  
**Körperliche Veränderungen im Alter**  
**Psychische Veränderungen im Alter**  
**Grundlegende Methoden der Betreuung alternder Menschen**

Kursort: Institut für Angewandte Psychologie Zürich, Merkurstrasse 20, 8032 Zürich.

Kursleitung: C. D. Eck, stellvertretender Direktor, und Max Moser, dipl. Psychologe, sowie weitere Mitarbeiter des Instituts für Angewandte Psychologie und Gastreferenten des VSA.

Kurskosten: Fr. 1900.-  
9 % Ermässigung für Teilnehmer(innen) aus VSA-Heimen  
3 % Ermässigung für Teilnehmer(innen) mit persönlicher VSA-Mitgliedschaft

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Bewerber werden auf ihre Eignung überprüft (Mindestalter 25 Jahre). Folgende Kurstage (jeweils Montag von 09.00 bis 13.00 Uhr) sind vorgesehen:  
24. Februar 1986: 10. und 17. März; 7., 14., 21. und 28. April; 5., 12. und 26. Mai; 2., 9., 16. und 23. Juni; 18. und 25. August; 1., 8., 15., 22. und 29. September; 6., 13., 20. und 27. Oktober; 3. November 1986.

Nähere Auskünfte und Kursunterlagen sind beim Sekretariat VSA, Seegartenstrasse 2, 8008 Zürich, Telefon 01 252 49 48, erhältlich.

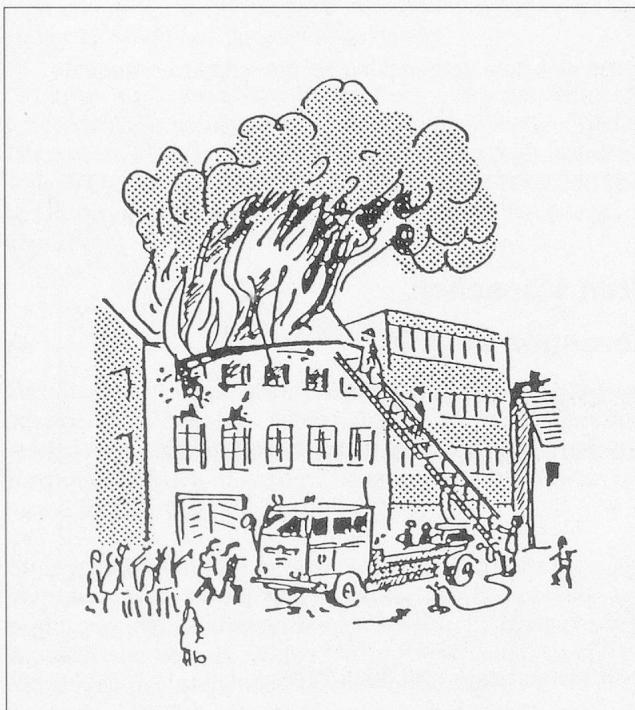
Anmeldeschluss: 4. Januar 1986



Es gehört wohl letztlich zum Sinn unseres Lebens, mit diesen nur teilweise erfüllbaren Grundbedürfnissen fertig zu werden. Marc Aurel meinte dazu: «Unser Leben ist das, was unsere Gedanken daraus machen.» Unseren Lesern und dem *Neutal*-Team sei deshalb noch vermehrt die Kraft des positiven Denkens gewünscht, die in unserer heutigen Zeit leider viel zu oft fehlt.

## 2. Sicherheitsmassnahmen im *Neutal*

Die nachstehenden Hinweise auf einige Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in unserem Betrieb bezwecken nicht, die damit im Zusammenhang stehenden unternehmerischen Leistungen in den Vordergrund zu rücken und herauszustreichen. Sie entspringen vielmehr dem echt empfundenen Bedürfnis, einmal getroffene Entscheidungen auch im Dialog gegen aussen in Frage zu stellen und die damit verbundene Problematik aufzuzeigen, in welcher wir oft bei solchen Entscheidungen stehen.



Dies gilt insbesondere für die Belange des betriebsinternen Brandschutzes, der zuerst erwähnt werden soll. Es ist wirklich schwer zu sagen, ob die sehr hohen Investitionen auf die Dauer gerechtfertigt sind. Würde man sich lediglich auf die eigenen Erfahrungen abstützen, so wäre kein Anlass vorhanden, zugunsten des Brandschutzes besondere Mittel zu investieren. Im Interesse der Sicherheit unserer Gäste und in Anlehnung an grosse, praktische Schadenfälle, welche die Existenz der betroffenen Unternehmungen in Frage stellten, haben wir uns entschlossen, erhebliche Mittel in den Brandschutz zu investieren. Allerdings wurden uns dabei Grenzen gesetzt, indem eben letztlich die Gäste diese Aufwendungen tragen und wir zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Betrieben, welche diesbezüglich nicht dieselben Anstrengungen unternehmen, den Bogen nicht überspannen durften. Immerhin, die finanzielle Belastung des *Neutal* bzw. der Gäste durch die Belange des Brandschutzes sind recht beachtlich.

Um unsere Gäste gegen die Gefahr des Feuers zu schützen, wurden in der Vergangenheit zirka 0,8 Mio. Franken in Brandschutzanlagen sowie Rettungs- und Löschmittel investiert.

Der jährliche Wartungsaufwand liegt etwa bei Fr. 20 000.–.

Die permanente Schulung unserer Mitarbeiter umfasst:

- a) die monatlichen Kontrollgespräche,
- b) eine Grossalarmübung,
- c) einen halbtägigen Brandschutzkurs.

Dazu kommt noch zusätzlich die Einführung neuer Mitarbeiter.

Versucht man diesen Aufwand zu quantifizieren, ergeben sich einschliesslich Verzinsung und Amortisation der Investitionen jährliche Aufwendungen von rund 100 000 Franken.

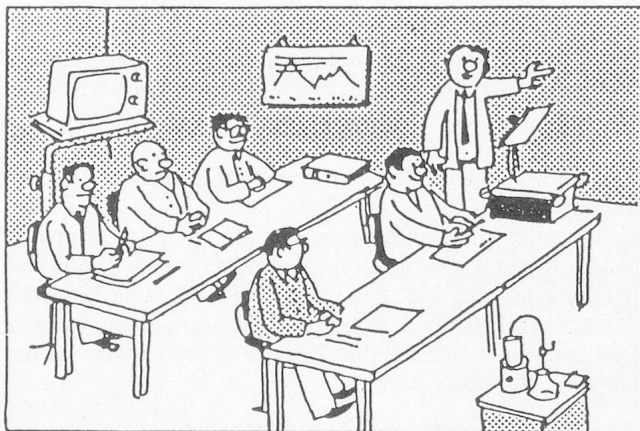
Der im *Neutal* gebräuchlichen *Mitarbeiterbeurteilung* wohnen ebenfalls Sicherheitsaspekte inne, indem sie der Führung aller Stufen die Gewissheit gibt, Untergebene zu haben, die ihre Arbeit richtig und ihre Aufgaben sicher erledigen und damit am richtigen Platz sind. Dadurch wird die geforderte Qualität der Pflege- und übrigen Dienstleistungen zugunsten unserer Gäste sichergestellt. Die Mitarbeiterbeurteilung vermittelt ebenfalls Sicherheit, wenn es um die Prüfung der Frage der Beförderung eines Mitarbeiters geht. Sie ist indessen sehr zeitaufwendig und kostspielig, so dass sie immer wieder namentlich mit Bezug auf die zeitliche Kadenz und Ausführlichkeit zur Diskussion gestellt wird.

Angesichts der zugunsten der Mitarbeiterbeurteilung jährlich eingesetzten Mittel von rund Fr. 20 000.– zeigt sich auch hier, dass ein periodisches Überprüfen und Infragestellen einmal getroffener Entscheide im Sinne eines beweglichen unternehmerischen Denkens auf allen Stufen des Betriebes notwendig ist.

Besondere Anstrengungen haben wir in den letzten Jahren im Sektor der *Hygiene* unternommen; liegt doch auch hier ein Gefahrenherd, der dem Wohlbefinden unserer Gäste und damit natürlich auch dem Image des Betriebes schweren Schaden zufügen kann. Es ging bei diesen Massnahmen im wesentlichen um folgendes:

- Im Bereiche der Lebensmittelhygiene haben wir ein externes, spezialisiertes Labor mit vierteljährlichen Kontrollen in der Küche und den Tea-Rooms beauftragt. Diese Massnahme kostet uns im Jahr, inklusive Gespräche, ohne die zu treffenden Massnahmen, zirka Fr. 5000.–.
- Im vergangenen Jahr investierten wir in die Überwachung und Kontrolle der Hygiene auf den Krankenabteilungen, inklusive jener der Wäscherei, rund Fr. 10 000.–.
- Die geschilderten Aufwendungen für zusätzliche Kontrollen, die zu einer noch grösseren Betriebssicherheit führen sollen, lösten selbstverständlich auch umfangreiche Massnahmen aus. So wurden beispielsweise 1982 im Haus *Seeheim* durch Hygienekontrollen im Pflege- und Hausdienstbereich Investitionen zur besseren Gewährleistung der angestrebten Werte im Umfang von etwa Fr. 50 000.– ausgelöst.

Die im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung sowie der Einführung und Einschulung neu eingetretener Mitarbeiter zu leistenden jährlichen Aufwendungen liegen inkl. Lohn- und Sozialkosten bei Fr. 200 000.-. Diese Massnahmen dienen selbstverständlich ebenfalls zum grössten Teil zur Verbesserung der Sicherheit.



Wenn von Sicherheit gesprochen wird, denkt man natürlich im weitesten Sinne auch an *Versicherungen*. Es erscheint deshalb interessant, einmal festzustellen, was diesbezüglich im *Neutal* an Aufwendungen jährlich anfällt, wobei mit Nachdruck darauf hinzuweisen ist, dass vor allem die Belastung des Unternehmens durch die Sozialversicherung mit der Inkraftsetzung des UVG per 1.1.1984 bzw. des BVG auf 1.1.1985 ganz erheblich angestiegen ist. Die nachstehende Aufstellung betreffend das Geschäftsjahr 1984/85 zeigt, dass die soziale Sicherheit eine recht teure Angelegenheit darstellt. Die ausgewiesenen 0,65 Mio. Franken machen rund 6,5 Prozent des Unternehmensumsatzes aus. Sicherheit, namentlich das Sozialversicherungsnetz, auf welches wir noch zu sprechen kommen werden, hat ihren Preis.

(Sozial-) Versicherungsprämien im NEUTAL	
(auf 1'000 Franken gerundet)	
1984/85	
- AHV/ALV	Fr. 322'700.--
- BVG	Fr. 110'000.--
- UVG / UVG-Zusatzversicherung	Fr. 95'000.--
- Kranken-Taggeldversicherung	Fr. 147'600.--
"Sozialversicherungen"	Fr. 675'300.--
- Sach-, Haftpflicht- und Motorfahrzeugversicherungen	Fr. 32'200.--
- Gebäudeversicherung	Fr. 15'000.--
Total	Fr. 722'500.--

Interessant ist nun die Frage, was dies für unsere Gäste bedeutet, das heisst wie sich alle diese Sicherheitsmassnahmen und die entsprechenden (finanziellen) Anstrengungen auf sie auswirken?

### 3. Die Auswirkungen der betrieblichen und sozialen Sicherheit auf unsere Gäste

Beginnen wir mit dem betrieblichen Brandschutz, so ist festzustellen, dass rund Fr. 1.- pro Gast und Tag für den betrieblichen Brandschutz ausgegeben wird. Der Gast muss gewisse Einschränkungen in seiner persönlichen Freiheit auf sich nehmen. So ist es zum Beispiel nicht gestattet, im Zimmer ohne Aufsicht eines Mitarbeiters bzw. Angehörigen Kerzen anzuzünden.

Müssten wir nun die Frage beantworten, ob sich all diese Investitionen in vermehrte Sicherheit in den vergangenen Jahren gelohnt haben, bzw. ob Katastrophen dank diesen Massnahmen haben verhindert werden können, müsste man festhalten, dass es glücklicherweise nie zu einer ernsthaften Prüfung kam, die diesen Aufwand gerechtfertigt hätte. Natürlich können wir auch nicht belegen, dass durch die permanente Schulung unserer Mitarbeiter in dieser Sparte Brände schon vor ihrer Entstehung haben verhindert werden können. Wir können aber auch keine *Garantie* für die Zukunft übernehmen, für den Fall dass, was wir alle nicht hoffen wollen, ein Brand bei uns ausbrechen sollte, wir mit all diesen Massnahmen erfolgreich bestehen werden.

Die Kontroll- und Beurteilungsgespräche geben unseren Mitarbeitern nach ihren eigenen Aussagen vermehrte Sicherheit und Motivation. Ob dieses Ergebnis allerdings nicht auch mit einem geringeren finanziellen Aufwand erreicht werden könnte, wagen wir zwar zu bezweifeln, können es andererseits aber auch nicht völlig ausschliessen. Auch hier kann die Frage, ob das *Kosten-Nutzenverhältnis* zugunsten der vorerwähnten Sicherheitsmassnahmen ausfällt, nicht schlüssig beantwortet werden. Trotz all diesen Vorkehrungen lassen sich Fehlleistungen nicht völlig ausschliessen und es besteht auch in der Zukunft keine Garantie, fehlerfrei zu arbeiten.

Es ist völlig unbestritten, dass solche Kontrollen und Beurteilungen auch zu Schwierigkeiten führen können und die persönliche Freiheit unserer Mitarbeiter dadurch eingeengt wird.

Aus diesen Schilderungen geht hervor, dass die Beurteilungskriterien, ob und wie weit die Sicherheitsmassnahmen sinnvoll bzw. notwendig sind, reine Ermessensfragen sind. Leider kann auch mit einem noch so aufwendigen und differenzierten Kontrollsystem *die absolute Sicherheit nie garantiert* werden.

Was die Sozialleistungen und Versicherungen anbetrifft, so stellen diese zweifellos sowohl für unsere Mitarbeiter, vor allem aber auch für unsere Gäste eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Die vorstehend erwähnten Aufwendungen von jährlich rund 0,65 Mio. Franken bedeuten,



dass pro Gast und Tag Fr. 6.50 nur für diese Zwecke aufgewendet werden müssen. Damit ist das Stichwort der sozialpolitischen Dimension der Sicherheit gegeben, auf welche nachstehend noch kurz eingegangen werden soll.

#### 4. Die sozialpolitische Dimension der Sicherheit

Diese scheint ja schon bei den in der Einleitung zitierten Kernsätzen prominenter Politiker und Wirtschaftsleute etwas durch. Die Problematik der übertriebenen Sozialpolitik, welche mehr oder weniger für den gesamten europäischen Raum gilt, hat jüngst Lester C. Thurow, amerikanischer Wirtschaftsprofessor in Boston, in einem in der Zeitschrift Bilanz (Nr. 4/85) erschienenen Artikel sehr akzentuiert formuliert. Prof. Thurow schreibt von der Eurosklerose und dem Pessimismus, der sich in Europa vor allem im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit breit macht. Die einfache Kur gegen diese Krankheit, flexible Arbeitskosten, wollen die Europäer nicht. In Europa seien die Arbeitskosten zu fixen Overhead-Kosten geworden, sanktioniert durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und abgesegnet durch die Gesetzgebung.

##### Übertriebene Sozialansprüche und Schattenwirtschaft

Man spricht von Recht auf Arbeit, auf Weiterbildung, auf Ferien, auf soziale Versorgung usw. In den USA garantiert das Gesetz keinen Tag Ferien, und eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung existiert nicht. In diesem Land können Mitarbeiter ohne Schwierigkeiten in beliebiger Anzahl angestellt oder entlassen werden. Dies verleiht der amerikanischen Wirtschaft eine ungeheure Flexibilität, welche es ihr ermöglicht, auch aus schwierigen Krisen einen existenzbewahrenden Weg zu finden, wie das das Beispiel der Firma Chrysler gezeigt hat.

Übertriebene Sozialansprüche, welche vor allem seitens der Gewerkschaften erhoben werden, die an ihrer Funktion als «Lohnmaschine» festhielten, haben vor allem in Europa zu einer teilweise selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit geführt.

Das Ergebnis der Festschreibung der Löhne und der weit getriebenen Sozialabgaben ist das Ausweichen in den «Untergrund», in die sogenannte Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit). Hier werden niedrigere Löhne in Interessenübereinstimmung der beteiligten Arbeitspartner vereinbart. Das erzielte Einkommen bleibt un versteuert und an die Sozialversicherungen werden ebenfalls keine Abgaben geleistet. In Westdeutschland schätzt man den Umfang dieser Schattenwirtschaft pro Jahr einiges über 100 Milliarden DM, wobei die Personenzahl, die nebst der Schwarzarbeit auch noch Arbeitslosengelder beziehen und damit der Staatskasse doppelten Schaden zufügen, beachtlich ist.

Die zunehmende Schattenwirtschaft gefährdet den Staatshaushalt und die Sozialversicherungen aufs empfindlichste. Das *übertriebene Sicherheitsdenken*, die damit verbundene *Gesetzesflut* und dem damit einhergehenden Anstieg der *Verwaltungskosten* und die laufend steigende Belastung sowohl der Arbeitnehmer als auch der Unternehmer und das Ausweichen in die *Schattenwirtschaft* wirken sich

letztlich katastrophal aus. Es sollte vielmehr ein vernünftiges Mass an Sozialpolitik getrieben werden, welche im Sinne der Optimierung des Mitteleinsatzes einerseits eine angemessene soziale Sicherheit gewährleistet, andererseits aber nicht zu den erwähnten unerwünschten Nebenwirkungen führt und die Unternehmer in ihrem Handlungsspielraum zu stark einschränkt.

Ein markantes Zeichen unseres Sicherheitsbedürfnisses sind die zahlreichen Versicherungsgesellschaften, Banken und die immer moderneren und leistungsfähigeren Spitäler usw.

Wir stehen auch hier vor der Frage, wieweit diesem Sicherheitsbedürfnis, zum Teil zulasten unserer persönlichen Freiheit und unter Inkaufnahme weiter stark ansteigender Kosten, künftig noch entsprochen werden kann; wo der Sinn aufhört und der Unsinn beginnt. Die Liste der Sicherheitsbedürfnisse könnte beliebig ausgebaut werden, und bei keiner Massnahme liesse sich der Grenzwert des Nutzens klar abstecken.

#### 5. Schlussfolgerungen

Die eingangs gestellte Frage: «Sicherheit um jeden Preis?» muss verneint werden. Dies gilt sowohl für den mikroökonomischen Bereich des einzelnen Unternehmens als auch für die makroökonomischen Zusammenhänge unserer Volkswirtschaft.

Wir haben anhand von Beispielen für das *Neutral* darzustellen versucht, welche Anstrengungen zugunsten der Sicherheit unternommen werden. Es wurde auch angedeutet, dass dem Unternehmen schon aus Gründen der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit natürliche Grenzen gesetzt sind. Wir versuchen, unseren Gästen und Mitarbeitern eine optimale Sicherheit zu geben und insbesondere die Massnahmen gegen jene Gefahren zu ergreifen, welche den uns anvertrauten Menschen *lebensbedrohenden Schaden* zufügen und damit auch letztlich das Unternehmen in seiner Existenz ernsthaft gefährden könnten.

Im makroökonomischen Bereich sollte man sich in unserem Land in sozialen und gesetzgeberischen Belangen vermehrt auf das wirklich Notwendige besinnen und beschränken. Die Befriedigung eines übertriebenen Sicherheitsbedürfnisses führt zur Sklerose unserer Wirtschaft mit ihren unliebsamen Begleiterscheinungen wie Arbeitslosigkeit, hohen Abgaben und Beschränkung in der Verfügbarkeit der Mittel und der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch unerwünschten Schattenwirtschaft.

In Fragen der Sicherheit ist den Bürgerinnen und Bürgern, vor allem aber den Sozialpartnern wieder in vermehrtem Masse Vernunft und die Einsicht zu wünschen, dass im Leben immer gewisse Risiken bestehen, welche selbst mit sehr hohen Aufwendungen nicht beseitigt werden können. Zu bedenken gilt auch, dass nur diejenigen Mittel abgeschöpft und verteilt werden können, die im Unternehmen zuerst erarbeitet wurden.

Schliesslich ist neben der Wünschbarkeit konstruktiver und positiver Zukunftsvisionen zur Lösung anstehender Lebensfragen auch wieder einer vermehrten Förderung der Eigenverantwortlichkeit das Wort zu reden.